



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 28.11.2010

Niederschrift

über die **12. Sitzung (3. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 25.11.2010, 13:02 Uhr bis 14:03 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal (Raum-Nr. B 120)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD
Herr Horst Noack	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Jörg van Geffen	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU
Frau Gisela Manderla	CDU
Herr Lars Möller	CDU
Herr Karsten Möring	CDU
Frau Bettina Tull	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP
Herr Karel Sen. Schiele	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE. für SE Arenz

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Werner	auf Vorschlag der CDU
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Frau Carola Steiner	auf Vorschlag der Grünen

Herr Hans Edgar Preckel auf Vorschlag der FDP

Herr Waldemar Staudenherz auf Vorschlag pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock

Herr Dieter Pannecke

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Dezernat Planen und Bauen

Herr Christian Dörkes

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Herr Klaus Harzendorf

Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Herr Gerd Neweling

Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Dezernat Planen und Bauen

Gäste

Herr Gunther Höhn

KVB AG

Schriftführerin

Frau Angela Krause

Dezernat Planen und Bauen

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Herr Hans-Peter Vietzke auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 12. Sitzung/3. Sondersitzung in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass folgende Nachträge vorliegen:

zu 1.1. 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
4354/2010
liegen

Änderungsanträge
der FDP-Fraktion vom 16.11.2010,
der CDU-Fraktion vom 24.11.2010 (**Tischvorlage**),
der SPD-Fraktion vom 25.11.2010 (**Tischvorlage**) und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2010 (**Tischvorlage**)
vor, sowie

die Anlagen 4 b und 6 und der Auszug aus der Sitzung der Bezirksvertretung Roden-
kirchen als **Tischvorlagen**.

zu 1.2 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb
zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010

liegt
ein Auszug aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am
18.11.2010 als **Tischvorlage** vor.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach
folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

1.1. 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
4354/2010

Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2010
AN/2227/2010

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.11.2010
AN/2207/2010

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2010
AN/2237/2010

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2010
AN/2109/2010

- 1.2 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb
zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010

I. Öffentlicher Teil

1 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

1.1 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage 4354/2010

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2010
AN/2109/2010**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.11.2010
AN/2207/2010**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2010
AN/2227/2010**

**Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2010
AN/2237/2010**

Eingangs möchte RM Kirchmeyer wissen, ob die Verwaltung zwischenzeitlich bei der Technischen Aufsichtsbehörde (TAB) einen Antrag zur Errichtung der BÜSTRA bzw. VS-Anlage eingereicht habe.

BG Streitberger stellt klar, dass dies nicht der Fall sei. Es wurden jedoch vorsorgliche Gespräche sowohl mit der TAB als auch mit dem Zuschussgeber geführt. Ein förmlicher Antrag könne erst dann – von der KVB – gestellt werden, wenn ein entsprechender Ratsbeschluss vorliegt.

RM dos Santos Herrmann nimmt seitens der SPD-Fraktion Stellung zum eingereichten Änderungsantrag. Ihrer Fraktion sei die Entscheidung nicht leicht gefallen. An die Fraktionen von CDU und FDP gerichtet macht sie deutlich, dass sie die Forderung nach einem Tunnelbau zum jetzigen Zeitpunkt aus finanzpolitischen Gründen für nicht tragbar halte. Es gelte nun ein Problem zu lösen, dass bereits mit der damaligen Entscheidung zur Streckenführung entstanden sei. Die Lösung müsse sowohl in finanzpolitischer als auch in verkehrspolitischer Hinsicht verantwortbar sein. Die VS-Anlage sei auf jeden Fall wesentlich flexibler als die planfestgestellte BÜSTRA. Die Ergebnisse des Gutachtens würden jedoch auch zeigen, dass die VS-Anlage allein keine befriedigende Lösung für die Verkehrssituation entlang der neuen Nord-Süd Stadtbahn und des Zusammentreffens zwischen ÖPNV und Individualverkehr (IV) darstelle. Ihre Fraktion habe sich daher nach reiflicher Überlegung und Diskussion dazu entschieden, einer Tunnelvorkehrung zuzustimmen, da zum jetzigen Zeitpunkt keine Option verbaut werden sollte. Darüber hinaus sollten weitere Maßnahmen zur Reduzierung des IV – wie im Antrag dargestellt – geprüft bzw. realisiert werden. Zudem sollte dem

Wunsch der Bevölkerung, mehr Mitspracherechte bei wichtigen politischen Entscheidungen, Rechnung getragen werden; daher schlage sie ein Mediationsverfahren vor.

Hinsichtlich der etwaigen Verlängerung der Linie 15 habe ihre Fraktion gewisse Bedenken aufgrund des Schreibens des Nahverkehrs Rheinland. Da sie sich jedoch auch dieser Option nicht in Gänze verschließen möchte, bitte sie die Verwaltung um eine genauere Einschätzung der Sachlage.

Für die CDU-Fraktion teilt RM Möring mit, dass diese nach kritischer Auswertung des Gutachtens zu dem Ergebnis gekommen sei, dass ein Tunnel unabdingbar und sachlich geboten sei. Jegliche Planung basiere auf möglichst belastbarer und eng an der späteren Wirklichkeit befindliche Sicht in die Zukunft. Man müsse sich nun der Entscheidungssituation stellen und er begrüße die Einschätzung der SPD-Fraktion, dass man sich alle Optionen offen halten müsse, ausdrücklich. Die Reihe von begleitenden Maßnahmen, die in der Tendenz darauf abzielen, den Verkehr auf der Rheinuferstraße zu reduzieren, unterstütze seine Fraktion – ob mit oder ohne Tunnel – nachdrücklich. Auch ein Mediationsverfahren für das weitere Verfahren werde für sinnvoll erachtet. Nicht akzeptabel sei es jedoch, die Vorsorgemaßnahmen zu beschließen und dann die „Verkehrslawine“ abzuwarten. Er appelliere an die anderen Fraktionen, dem CDU-Antrag zuzustimmen; die späte Fertigstellung der Nord-Süd Stadtbahn sollte für die Tunnellösung, die jetzt preiswerter als zu einem späteren Zeitpunkt sei, genutzt werden.

RM Tull zeigt sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überrascht über die weitestgehende Übereinstimmung der anderen Fraktionen. Sie sei sehr erfreut über die Verwaltungsvorlage, nach der eine VS-Anlage errichtet und zudem eine Ausweichstrecke geprüft werden soll. Das Gutachten, das in den letzten Wochen für erhebliche Diskussionen gesorgt habe, berücksichtige mehrere Aspekte nicht, die aus ihrer Sicht jedoch von Bedeutung seien. Beispielsweise gebe es bereits heute mehrere Stellen im Stadtgebiet, an denen Stadtbahnen in einem sehr engen Takt den IV kreuzen, so am Ubierring und an der viel befahrenen Aachener Straße. Ihre Fraktion habe sich dies vor Ort angeguckt und keinerlei Probleme feststellen können. Zudem wurden die Umstiegszahlen vom Auto auf die Bahn bei einer Verdichtung auf einen Fünf-Minuten-Takt nicht eingerechnet; insofern halte ihre Fraktion die Ergebnisse des Gutachtens für völlig überzogen. Auch die Annahme, dass die Verkehrszahlen in den kommenden Jahren steigen werden, könne sie nicht nachvollziehen. Sie vertrete hier – auch unter Berücksichtigung der neuen Wohnbebauung im Kölner Süden - eine gänzlich andere Auffassung. Wenn absehbar sein sollte, dass es wider Erwarten zu Verkehrsproblemen kommen sollte, dann sollten die Ursachen hierfür bekämpft werden. In diesem Zusammenhang verweist sie auf den von ihrer Fraktion eingereichten Änderungsantrag und erläutert diesen kurz.

Für die FDP-Fraktion wirft RM Kirchmeyer die Frage auf, wie die beantragte Unterbindung des Lkw-Durchgangsverkehrs erfolgen solle. Sie sehe hier keine Möglichkeit, weder die Bonner Straße, die Ringe noch die Militärringstraße seien eine denkbare Alternative. Ihre Fraktion sei von den Ergebnissen des Gutachtens überzeugt und teile die Einschätzung ihrer Vorrednerin, dass der Autoverkehr abnehmen werde, in keiner Weise. Zudem bittet sie im Hinblick auf die Verwaltungsvorlage zu Bedenken, dass sowohl vom Zuschussgeber als auch von der TAB noch keine schriftliche Zusage zur Errichtung der VS-Anlage vorliege. Die in letzter Zeit aufgeworfenen Vorwürfe, dass seiner Zeit die falsche Entscheidung zur Streckenführung getroffen wurde, weist sie nachdrücklich zurück. Seitens der Verwaltung wurde damals von einer Tunnellösung bis auf die Rheinufertrasse abgeraten, da beispielsweise der Hochwassersammler an

der Schönhauser Straße und die Hochwasserpumpenanlage am Rhein dieser entgegenstünden. Sie werbe daher heute nachdrücklich für den Antrag ihrer Fraktion. Sollte sich hierfür keine Mehrheit ergeben, werde ihre Fraktion sich auch den lediglich vorbereitenden Maßnahmen für die Tunnellösung natürlich nicht verschließen. Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehne sie vollständig ab.

Auch SB Schiele merkt an, dass die Bonner Straße aufgrund des Rückbaus als Ausweichstrecke nicht mehr zur Verfügung stehe. Seine Fraktion könne sich dem Antrag der CDU-Fraktion anschließen; dies habe er bereits bei der vergangenen Sitzung deutlich gemacht.

RM Detjen teilt mit, dass die Fraktion Die Linke.Köln auch weiterhin gegen eine kostenträchtige Tunnellösung sei; die Verwaltungsvorlage mit einer ebenerdigen Lösung hingegen finde ihre Zustimmung. Bezüglich etwaiger Vorsorgemaßnahmen möchte er in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass auch die Planungskosten für die Ost-West-U-Bahn bereits eingestellt wurden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Waddey erläutert BG Streitberger, dass die Vorsorgemaßnahmen zwar im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages abzuwickeln, die Kosten jedoch von der Stadt Köln zu tragen seien. Es könne jedoch über die Baumaßnahme der KVB, die Auftraggeber hierfür sei, vorfinanziert werden. Anders sehe es mit einem möglichen späteren Straßentunnel aus; dies sei eine individuelle Straßenbaumaßnahme der Stadt Köln und müsse unmittelbar aus deren Haushalt finanziert werden. Die Frage nach etwaigen Zuwendungen könne er derzeit nicht beantworten.

Zum abschließenden Abstimmungsverfahren ergibt sich eine kurze Diskussion hinsichtlich der Reihenfolge, in der die vier vorliegenden Änderungsanträge aufgerufen werden. Zudem bittet RM dos Santos Herrmann beim Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Einzelabstimmung.

1. Beschluss:

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Planung einer unterirdischen Straßenführung zur Unterquerung der Stadtbahntrasse einzuleiten, die erforderlichen Genehmigungen einzuholen und die Finanzierung sicherzustellen.

Die nicht zuwendungsfähigen Kosten der unterirdischen Führung der Straße zur Unterquerung der Stadtbahntrasse werden im Rahmen des zwischen der Stadt und der KVB bestehenden Nord-Süd-Stadtbahn-Vertrages übernommen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

2. Beschluss

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Straßentunnel zur Unterquerung der Nord-Süd-Stadtbahn im Bereich der Rheinuferstraße zu planen, die notwendigen Genehmigungen einzuholen und die Finanzierung zu sichern, mit dem Ziel, den Tunnel gleichzeitig mit der Nord-Süd-Stadtbahn in Betrieb zu nehmen.

Für den Fall, dass die gleichzeitige Inbetriebnahme nicht sichergestellt werden kann,

soll die Verwaltung die KVB beauftragen, mit einer entsprechenden Vorsorgemaßnahme sicherzustellen, dass der Straßentunnel möglichst ohne Betriebsunterbrechung der Nord-Süd-Stadtbahn hergestellt werden kann.

Die Finanzierung *der Vorsorgemaßnahmen* ist im Rahmen des Nord-Süd-Stadtbahnvertrages zu regeln.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

3. Beschluss:

Antrag der SPD-Fraktion (in der mündlich geänderten Fassung)

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Planänderungsverfahren einzuleiten mit der Zielsetzung eine Verkehrssignalanlage zu realisieren.

Der Rat beschließt, dass Vorsorgemaßnahmen für den Bau eines Straßentunnels getroffen werden, um eine mögliche niveaufreie Querung der Rheinuferstraße zu einem späteren Zeitpunkt zu geringeren Kosten zu ermöglichen. Der Rat ist damit einverstanden, dass die KVB Vorsorgemaßnahmen für den Bau eines Straßentunnels aus-schreibt, vergibt und baulich umsetzt. Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von circa 5,0 Mio. Euro im Rahmen des Schul-dendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Da die Nord-Süd-Bahn nicht vor 2014 die Rheinuferstraße queren wird, soll die ge-wonnene Zeit genutzt werden, um Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs an dieser neuralgischen Stelle kurzfristig umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dazu gehören u.a.:

- Angebotsorientierte Erhöhung der Kapazitäten der P&R-Parkplätze in Godorf und Marienburg
- Führung der Buslinie 106 zum Hauptbahnhof/Breslauer Platz
- Instrumente zur Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs

Sollte sich aufgrund erhöhter Fahrgastzahlen bei der Nord-Süd Stadtbahn die Notwendigkeit einer Taktverdichtung ergeben, ist auf Basis der dann vorliegenden Erkenntnisse – z.B. Verringerung des motorisierten Individualverkehrs durch die oben genannten Maßnahmen – eine neue verkehrliche Bewertung durchzuführen. Wenn sich dabei nicht hinnehmbare verkehrliche Problemlagen ergeben, wird die Verwaltung beauftragt, ~~vor Einführung eines 5-Minuten-Taktes~~ ein Mediationsverfahren zu planen und durchzuführen. Eine daraus resultierende Beschlussvorlage soll alle möglichen Varianten inklusive verbindlicher Zusagen über eine eventuelle Förderung enthalten und in den Kontext einer stadträumlich optimalen Planung gestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, maximale Fördermittel zu beantragen. Optional ist eine Ampelsimulation zu Spitzenzeiten mit verschiedenen Bahntakten der Beschlussvorlage vorzuschalten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion pro Köln **zugestimmt**.

4. Beschluss :

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen(in der mündlich geänderten Fassung):

1. ~~Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Planänderungsverfahren einzuleiten mit der Zielsetzung eine Verkehrssignalanlage zu realisieren.~~ Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche technischen, rechtlichen, finanziellen und verkehrlichen Auswirkungen eine Verlängerung der Linie 15 von der Endhaltestelle Ubierring bis Sürth/Godorf hat.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln **zugestimmt.**

2. Die Verwaltung wird beauftragt
 - a. folgende Maßnahmen zur Stärkung der Nord-Süd-Verbindung umzusetzen:

- ~~• Führung der Buslinie 106 zum Hauptbahnhof/Breslauer Platz~~
- engere Taktung der Linie 106 in den Spitzenzeiten

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln **zugestimmt.**

- Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zugestimmt.**

- Stärkung des Car-Sharing-Angebots in den südlichen Stadtteilen durch attraktive Flächenangebote

Abstimmungsergebnis: Einstimmig **zugestimmt.**

- b. folgende Maßnahmen zu planen:

- Wasserbuslinie auf dem Rhein zur Verknüpfung der Stadtteile Porz, Rodenkirchen, Innenstadt, Deutz und Mülheim

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und die Fraktion pro Köln **zugestimmt.**

folgende Maßnahmen zu *prüfen*

- Busführung über die Vorgebirgsstraße, Nord-Süd-Fahrt und Bäche bis zum Heumarkt

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion **zugestimmt.**

Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist dem Rat 2 Jahre nach ihrer jeweiligen Umsetzung darzustellen.

~~3. Rechtzeitig vor Inbetriebnahme der 2. Baustufe sind die Kapazitäten der P&R-Parkplätze in Godorf und Marienburg angebotsorientiert zu erhöhen.~~

4. Der Ausbau der 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn incl. P&R- Anlage am Verteilerkreis ist zügig umzusetzen.

Anmerkung: Hierüber erfolgte keine Abstimmung, die Punkte werden als selbstverständlich erachtet.

5. Mit der Aufnahme des 5 Minutentaktes der Linie 16 ist die Ampelsteuerung auf der gesamten Rheinuferstraße anzupassen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln **zugestimmt**.

5. Beschluss (Gesamtabstimmung)

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Planänderungsverfahren einzuleiten mit der Zielsetzung eine Verkehrssignalanlage zu realisieren.

Der Rat beschließt, dass Vorsorgemaßnahmen für den Bau eines Straßentunnels getroffen werden, um eine mögliche niveaufreie Querung der Rheinuferstraße zu einem späteren Zeitpunkt zu geringeren Kosten zu ermöglichen. Der Rat ist damit einverstanden, dass die KVB Vorsorgemaßnahmen für den Bau eines Straßentunnels aus-schreibt, vergibt und baulich umsetzt. Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von circa 5,0 Mio. Euro im Rahmen des Schul-dendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Da die Nord-Süd-Bahn nicht vor 2014 die Rheinuferstraße queren wird, soll die ge-wonnene Zeit genutzt werden, um Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs an dieser neuralgischen Stelle kurzfristig umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dazu gehören u.a.:

- Angebotsorientierte Erhöhung der Kapazitäten der P&R-Parkplätze in Godorf und Marienburg
- Führung der Buslinie 106 zum Hauptbahnhof/Breslauer Platz
- Instrumente zur Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs

Sollte sich aufgrund erhöhter Fahrgastzahlen bei der Nord-Süd Stadtbahn die Notwendigkeit einer Taktverdichtung ergeben, ist auf Basis der dann vorliegenden Erkenntnisse – z.B. Verringerung des motorisierten Individualverkehrs durch die oben genannten Maßnahmen – eine neue verkehrliche Bewertung durchzuführen. Wenn sich dabei nicht hinnehmbare verkehrliche Problemlagen ergeben, wird die Verwaltung beauftragt, ein Mediationsverfahren zu planen und durchzuführen. Eine daraus resultierende Beschlussvorlage soll alle möglichen Varianten inklusive verbindlicher Zusagen über eine eventuelle Förderung enthalten und in den Kontext einer stadträumlich optimalen Planung gestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, maximale Fördermittel zu beantragen. Optional ist eine Ampelsimulation zu Spitzenzeiten mit verschiedenen Bahntakten der Beschlussvorlage vorzuschalten.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche technischen, rechtlichen, finanziellen und verkehrlichen Auswirkungen eine Verlängerung der Linie 15 von der Endhaltestelle Ubierring bis Sürth/Godorf hat.

Die Verwaltung wird beauftragt

folgende Maßnahmen zur Stärkung der Nord-Süd-Verbindung umzusetzen:

- engere Taktung der Linie 106 in den Spitzenzeiten
- Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs
- Stärkung des Car-Sharing-Angebots in den südlichen Stadtteilen durch attraktive Flächenangebote

folgende Maßnahmen zu planen:

Wasserbuslinie auf dem Rhein zur Verknüpfung der Stadtteile Porz, Rodenkirchen, Innenstadt, Deutz und Mülheim

folgende Maßnahmen zu prüfen:

Busführung über die Vorgebirgsstraße, Nord-Süd-Fahrt und Bäche bis zum Heumarkt

Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist dem Rat 2 Jahre nach ihrer jeweiligen Umsetzung darzustellen.

Rechtzeitig vor Inbetriebnahme der 2. Baustufe sind die Kapazitäten der P&R-Parkplätze in Godorf und Marienburg angebotsorientiert zu erhöhen.

Der Ausbau der 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn incl. P&R-Anlage am Verteilerkreis ist zügig umzusetzen.

Mit der Aufnahme des 5 Minutentaktes der Linie 16 ist die Ampelsteuerung auf der gesamten Rheinuferstraße anzupassen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zugestimmt**

1.2 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 3379/2010

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Beschlussfassung bis zur kommenden Sitzung zurückzustellen. Er berichtet kurz über den Diskussionsverlauf in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, diese habe der Durchführung des Wettbewerbs ausdrücklich zugestimmt. Er habe in dieser Sitzung auch von einer zwischen Bauverwaltung, KVB und Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik abgestimmte Prioritätenliste über die Herstellung der Barrierefreiheit von Stadtbahnhaltestellen erfahren und bittet die Verwaltung, diese dem Ausschuss in der nächsten Sitzung zur Kenntnis zu geben.

RM Möring bittet um Auskunft, ob die Verwaltung die zwingende Notwendigkeit sehe, die in Rede stehende Maßnahme in absehbarer Zeit durchzuführen oder ob der Zeit- und der Art frei bestimmt werden können. Zudem irritiere ihn die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes; hier bitte er ebenfalls um eine Einschätzung der Verwaltung.

BG Streitberger verneint die erste Frage nachdrücklich; es gebe keine gesetzliche Verpflichtung. Vielmehr habe der Rat der Stadt Köln in 2008 einen entsprechenden Planungsauftrag an die Verwaltung erteilt. Die Einschätzung des Rechnungsprüfungsamtes, keine qualifizierten Ergebnisse zu erhalten, teile er nicht; es sei eine Mehrfachbeauftragung beabsichtigt.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung am 07.12.2010 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Manfred Waddey

(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause

(Schriftführerin)